

Entwicklungshilfe

Entwicklungshilfe hat das Ziel die Grundbedürfnisse Ernährung, Bildung, Gesundheit und Frieden in den ärmsten Ländern dieser Welt zu sichern. Die gegenwärtigen Konzepte der Entwicklungshilfe haben versagt oder sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Es müssen neue Wege gefunden werden, den Ärmsten der Armen zu helfen.

Das Problem: Die Entwicklungsländer sind wirtschaftlich dem globalisierten Wettbewerb nicht gewachsen, ausländische Konzerne bemächtigen sich ihrer Bodenschätze, die Verschuldung der armen Staaten steigt und die Gelder, die diese Länder für die Rückzahlung der Kredite oder nur für die Tilgung der Zinsen ausgeben fehlen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Infrastruktur usw.. Nahrungsmittelhilfe lindert zwar die schlimmste Not, führt aber dazu, daß die Bauern in den Entwicklungsländern selbst nichts mehr anbauen und sich nur noch ihre Rationen von den Hilfsorganisationen abholen.

STATT Partei fordert daher:

Hilfe zur Selbsthilfe s t a t t Almosen

Hauptziel deutscher Entwicklungspolitik muß es sein, die Wirtschaft der armen Staaten auf eigene Füße zu stellen. Dazu gehört die Hilfe bei der Erschließung von Ressourcen sowie bei der Förderung und Eigenverarbeitung von Rohstoffen und eine verstärkte Ausbildung von medizinischem Fachpersonal.

Schuldenerlaß s t a t t Endloszinsen

Wir befürworten einen Schuldenerlaß für alle Entwicklungsländer, die sich in naher Zukunft nicht aus eigener Kraft (z.B. durch Erdölförderung oder zunehmenden Tourismus) aus der Schuldenfalle befreien können. Die Entwicklungsländer müssen endlich ihr erwirtschaftetes Geld zur eigenen Entwicklung ausgeben können, anstatt nur zur Schuldentilgung.

Strikte Regeln s t a t t Aufrüstung von Diktaturen

Alle Staaten, die Massenvernichtungswaffen besitzen oder nach dem Besitz solcher Waffen streben, können keine Wirtschafts- und Militärhilfe von Deutschland bekommen, nur humanitäre und Katastrophenhilfe. Empfängerländer deutscher Entwicklungshilfe müssen sich außerdem zur Charta, zu den Zielen und zu den Grundsätzen der Vereinten Nationen bekennen und an deren Verwirklichung glaubhaft mitarbeiten.

Selbstbestimmung s t a t t Neokolonialismus

Das Recht aller Staaten auf Selbstbestimmung ist zu gewährleisten. Derzeit unterstützen westliche Staaten Rebellenbewegungen und Putschisten, wenn die Regierung eines Entwicklungslandes diversen westlichen Staaten (z.B. Frankreich, USA in Afrika), dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder den Interessen internationaler Konzerne nicht wohlwollend gegenüber steht. Deutschland sollte hier das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten entgegensetzen.

Effizienter Helfen s t a t t Lippenbekenntnisse

Wir fordern die Einhaltung des schon 1970 von den Industriestaaten gemachten Versprechens 0,7% ihres Bruttosozialproduktes für öffentliche Entwicklungshilfe auszugeben, einen Abbau der Bürokratie bei der Entwicklungshilfe, mehr Transparenz und stärkere Erfolgskontrollen.

Weitsicht s t a t t Geldgeschenke

Die ökologischen (z.B. Regenwaldabholzung, Überfischung) und demographischen Probleme sind stärker zu berücksichtigen. Das ungebremste Bevölkerungswachstum in den armen Ländern läßt sich eingrenzen, wenn Kinder nicht mehr als „Rentenversicherung“ erhalten müssen. Es muß also ein funktionierendes Renten- und Sozialsystem aufgebaut werden. Der Westen könnte aufgrund eigener Erfahrung logistische Hilfe leisten. Somit würden 2 Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: man entzieht der Kinderarbeit zumindest teilweise den Nährboden und die Kinder können stattdessen eine Schule besuchen.

Vorrang für medizinische Hilfe s t a t t Profitstreben der Pharmakonzerne

Teure Medikamente wie z.B. zur AIDS-Bekämpfung können sich nur die wenigsten Entwicklungsländer leisten. Bedeutend billiger hergestellte Plagiate der Medikamente können bei der Bekämpfung von Seuchen, Epidemien und gefährlichen Krankheiten von großer Hilfe sein. Dazu bedarf es allerdings einer Liberalisierung des Patentrechts für diese Medikamente.

Stipendien an Studenten aus Entwicklungsländern sollten nur unter der Voraussetzung vergeben werden, daß diese Leute nach dem Studium wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, um beim Aufbau eines Gesundheitssystems in ihrer Heimat mitzuarbeiten.

